



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 11. April 2003 (17.04)
(OR. fr)

CONV 682/03

INFORMATORISCHER VERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: Zusatzmandat für die Gruppe der von den Juristischen Diensten benannten
Experten

Das Präsidium ist in seiner Sitzung vom 2. April 2003 übereingekommen, der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten ein Zusatzmandat dahin gehend zu erteilen, dass diese Gruppe dem Präsidium bei der technischen Anpassung von Teil II der Verfassung Hilfestellung leistet.

Die Mitglieder des Konvents erhalten hiermit

- in Anlage A das Mandat in der den drei Juristischen Diensten übermittelten Fassung,
- in Anlage B die Vorschläge der Gruppe des Rechtsexperten, die sie in dem angepassten Text von Teil II bereits umgesetzt haben.

EUROPÄISCHER KONVENT

Brüssel, den 2. April 2003

DER GENERALSEKRETÄR

**Zusatzmandat für die Gruppe
der von den Juristischen Diensten der drei Organe benannten
Experten**

1. Das Präsidium hat in seiner Sitzung vom 2. April 2003 die von der Expertengruppe in ihrem Bericht vom 13. März 2003 (vgl. Dok. CONV 618/03, S. 175 bis 187) unterbreiteten Vorschläge geprüft, mit Ausnahme der Vorschläge unter den Nummern 29, 30, 31 und 32.
2. Das Präsidium ist sodann übereingekommen, der Gruppe ein Zusatzmandat zur Umsetzung einiger der vom Präsidium gebilligten Vorschläge zu erteilen. Was das weitere Vorgehen in Bezug auf die - vom Präsidium noch nicht geprüften - Vorschläge unter den Nummern 29, 30, 31 und 32 anbelangt, so wird deren Umsetzung gegebenenfalls Gegenstand eines neuen Zusatzmandats des Präsidiums sein.
3. Bei den Vorschlägen, die von der Gruppe umgesetzt werden sollen, handelt es sich um folgende:

a) Fusion der Artikel 70 und 80 EGV

Das Präsidium hat beschlossen, diesen Vorschlag - und zwar Option a (S. 179) - anzunehmen.

b) Verwendung der Abkürzungen

Das Präsidium hat beschlossen, der Anregung der Gruppe zu folgen (S. 176); die Abkürzungen in Teil II der Verfassung sind durch die offiziellen Bezeichnungen zu ersetzen.

c) **Beschlussfassungsverfahren**

Das Präsidium hat beschlossen, den nachstehenden Anregungen zu folgen (S. 184 und 185):

- i) Ersetzung des derzeitigen Beschlussfassungsmodus, der vorsieht, dass "der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt" (Artikel 205 Absatz 1 EGV) durch die Formulierung "der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit". Die Gruppe wird gebeten, die erforderlichen technischen Anpassungen in den Rechtsgrundlagen zur Berücksichtigung dieses neuen Modus vorzunehmen;
- ii) hinsichtlich des Europäischen Parlaments: Ersetzung des Ausdruck "avis conforme" durch "approbation" (englische Fassung: "consent") [betrifft nicht die deutsche Fassung];
- iii) das Präsidium hat beschlossen, in einem die Kommission betreffenden Artikel der Verfassung eine wie folgt lautende Formulierung vorzusehen: "Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, können Rechtsakte der Union nur auf Vorschlag der Kommission erlassen werden"; die Gruppe wird daher gebeten, die erforderlichen technischen Anpassungen in den verschiedenen Rechtsgrundlagen vorzunehmen, denen zufolge der Rat auf Vorschlag der Kommission befindet;
- iv) hinsichtlich des Europäischen Parlaments: Ersetzung des Ausdrucks "absolute Mehrheit" durch die Formulierung "Mehrheit der abgegebenen Stimmen" sowie des Ausdrucks "Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments" durch die Formulierung "Mehrheit seiner Mitglieder".

d) **Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete**

Das Präsidium hat beschlossen, den Vierten Teil des EG-Vertrags als eigenständigen Teil des Teils II der Verfassung zu übernehmen.

e) **Fusion einiger Bestimmungen**

Das Präsidium hat beschlossen, der Empfehlung, eine Fusion der Absätze 1 und 2 des Artikels 19 EGV vorzunehmen, zu folgen, und hat zugleich darauf hingewiesen, dass bei der Abfassung der aus dieser Fusion entstehenden neuen Bestimmung darauf geachtet werden sollte, dass die Besonderheiten der betreffenden beiden Bereiche berücksichtigt werden.

f) **Streichung einiger Bestimmungen**

Das Präsidium hat beschlossen, sich die Schlussfolgerungen der Gruppe IX zu Eigen zu machen, wonach das Instrument "Übereinkunft" (vgl. Artikel 20 EUV sowie Artikel 186 und 293 EGV) abgeschafft und durch Verordnungen oder Beschlüsse des Rates ersetzt werden soll. Das Präsidium hat sich somit für die Streichung von Artikel 293 EGV entschieden. Die Gruppe wird daher gebeten, diese Empfehlungen umzusetzen und zu prüfen, ob gegebenenfalls eine spezifische Rechtsgrundlage für die Bereiche geschaffen werden muss, die bisher unter diesen Artikel fallen, jedoch nicht durch andere spezifische Bestimmungen der Verfassung abgedeckt wären. Diese etwaige neue Rechtsgrundlage müsste als Instrument eine Verordnung des Rates vorsehen.

g) **Ersetzung des in Artikel 16 EGV verwendeten Ausdrucks "gemeinsame Werte"**

Das Präsidium hat beschlossen, der Anregung der Gruppe zu folgen und den in Artikel 16 EGV verwendeten Ausdruck "innerhalb der gemeinsamen Werte" durch die Formulierung "als Dienste, denen alle in der Union Bedeutung beimessen", zu ersetzen.

4. Das Präsidium hat darüber hinaus die Vorschläge der Expertengruppe gebilligt, die von ihr bereits umgesetzt worden sind (siehe Anlage).

**VORSCHLÄGE, DIE VON DER EXPERTENGRUPPE
BEREITS UMGESETZT WORDEN SIND**

1. Aufbau des Teils II der Verfassung

Die Expertengruppe weist (auf S. 177) darauf hin, dass gewisse Bestimmungen keinen Platz in der Struktur vom 28. Oktober 2002 erhalten, wie beispielsweise allgemein anwendbare Bestimmungen (Artikel 3 Absatz 2 sowie die Artikel 6, 16, 295 und 296 des EG-Vertrags), die Bestimmungen über die Nichtdiskriminierung und die Unionsbürgerschaft (Artikel 12, 13 und 18 bis 22), die steuerlichen Vorschriften (Artikel 90 bis 93), die Zusammenarbeit im Zollwesen (Artikel 135) oder die wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern (Artikel 181a). Die Gruppe hat Vorschläge gemacht, wie diese Bestimmungen in Teil II untergebracht werden könnten.

2. Streichung überholter Bestimmungen

Die Gruppe empfiehlt (auf S. 178) die Streichung einiger überholter Bestimmungen des EG-Vertrags, in denen auf Daten oder Ereignisse verwiesen wird, die inzwischen überholt sind (Artikel 14 und Artikel 93 EGV, in denen der 31. Dezember 1992 als Datum für die Vollendung des Binnenmarktes genannt wird, sowie Artikel 37 Absatz 1 EGV, in dem auf eine Konferenz Bezug genommen wird, die 1958 in Stresa stattgefunden hat und deren Ergebnisse nunmehr zum Besitzstand der Gemeinschaft zählen).

3. Umstellung einzelner Artikel

Die Gruppe schlägt (auf S. 182/3) vor, einige wenige Artikel umzustellen:

- a) Artikel 4 EGV könnte an den Anfang des Titels "*Die Wirtschafts- und Währungspolitik*" gestellt werden.
- b) Die Artikel 14 und 15 EGV sollten an den Anfang eines neuen Titels bzw. Kapitels zum Binnenmarkt gestellt werden, in den bzw. das ferner die Artikel 94 bis 97 EGV aufgenommen werden könnten.

- c) Titel II "*Die Landwirtschaft*" des EG-Vertrags könnte durch die Worte "*und die Fischerei*" ergänzt werden, damit der Anwendungsbereich des Artikels 32 Absatz 1 EGV auch in der Überschrift zum Ausdruck kommt; gleichzeitig sollte der Text dieses Artikels entsprechend angepasst werden.

4. Jährliche Sitzungsperioden des Europäischen Parlaments

Die Gruppe empfiehlt (auf S. 187), statt der Formulierung in Artikel 196 Absatz 2 EGV, wo es heißt: "*Le Parlement européen peut se réunir en session extraordinaire ...*" ("Das Europäische Parlament kann... zu einer außerordentlichen Sitzungsperiode zusammentreten.", die bei den Bürgern leicht zu Verwechslungen führen könnte, entsprechend der in der Geschäftsordnung des Parlaments seit 1958 enthaltenen Formulierung ("*période de session*") folgenden Wortlaut vorzusehen: "*Le Parlement européen peut se réunir en période de session extraordinaire...*" [Änderung betrifft nicht die deutsche Fassung].
